

«Der Druck der Aktionäre auf die Credit Suisse hat Früchte getragen»

Für Ethos-Direktor Vincent Kaufmann zeigt der Boni-Verzicht bei der Grossbank, dass die Minder-Initiative ihren Zweck erfüllt

Genf Credit-Suisse-Chef Tidjane Thiam hätte im vergangenen Jahr insgesamt 12 Millionen Franken verdienen sollen, die gesamte Geschäftsleitung rechnete mit Boni in Höhe von 26 Millionen Franken. Nun kommt es anders: Die Geschäftsleitung verzichtet auf 40 Prozent der Boni – «freiwillig», wie es in der Pressemitteilung heisst, die in der Nacht auf Karfreitag versandt wurde. Ganz freiwillig ist der Schritt dennoch nicht zu verstehen. Auch die Grossbank räumt ein, dass Aktionäre Kritik an der geplanten Ausschüttung geübt hatten – unter anderem der Stimmrechtsberater Ethos unter Leitung von Vincent Kaufmann.

Herr Kaufmann, kam der Entscheid der Credit Suisse überraschend?

Ja. Es ist das erste Mal, dass man einen derart hohen, freiwilligen Boniverzicht sieht. Zudem kam diese Nachricht nur Tage vor der Generalversammlung vom 28. April. Die geplanten Vergütungen waren schon schwarz auf weiss festgeschrieben. Erstaunlicherweise kam dieser Vorschlag auch noch von der Geschäftsleitung und von CS-Chef Tidjane Thiam selbst. Im Prinzip hätte sie vom Verwaltungsrat und dessen Präsidenten Urs Rohner kommen müssen.

Was ist Ihrer Ansicht nach passiert?

Wir haben noch keinen Kontakt mit der Bank aufgenommen, wir werden das ab Dienstag tun. Aber es scheint, als hätten die zwölf Vertreter der Konzernleitung realisiert, dass ein Risiko besteht, dass die 26 Millionen Franken an Boni für das letzte Jahr plus 52 Millionen Franken, die zusätzlich bis 2020 ausgeschüttet werden müssen, vom Tisch gefegt werden. Besser 40 Prozent weniger als keinen einzigen Franken.

Bestand denn diese Gefahr?

Ja. Dieses Jahr stellt nicht nur Ethos die Vergütung infrage. Der norwegische Staatsfonds hat letzte Woche angekündigt, dass er von jeder Gesellschaft, in der er investiert ist – und damit auch von der Credit Suisse –, von nun an einen Deckel bei der Managementvergütung verlangt. Zudem haben die zwei US-Aktionärsvertreter ISS und Glass Lewis ihre Ablehnung publik gemacht. Der Druck der Aktionäre vor der Generalversammlung hat Früchte getragen.

Wie viel Gewicht haben die kritischen Investoren?

Aufgrund der Pensionskassen, die wir vertreten, vereint Ethos etwa 3 bis 4 Prozent des Kapitals der Credit Suisse. ISS vertritt nach unseren Schätzungen 15 bis 20 Prozent, Glass Lewis 10 Prozent und die Norweger 5 Prozent. Zudem haben letztes Jahr eine Reihe von Kleinaktionären den Vergütungsbericht abgelehnt. Wenn sie dieses Jahr genauso stimmen, hätten wir vermutlich die 50 Prozent Nein-Stimmen erreicht. Das beweist, dass die Abzockerinitiative von Thomas Minder ihren Zweck erfüllt. Der Fall Credit Suisse zeigt, dass Aktionäre dank der neuen Regelungen grossen Druck ausüben und Exzesse verhindern können.

Wird Ethos nun ihren Widerstand einstellen?

Wir werden das sehr schnell dis-



«Der Fall zeigt, dass Aktionäre dank der Abzockerinitiative Exzesse verhindern können»

kutieren, denn die Summen sind noch immer stattlich. Für das letzte Jahr geht es um mehr als 15 Millionen Franken Boni, davon mehr als 7 Millionen für den Konzernchef und 31 Millionen Franken zur künftigen Auszahlung.

Anfang April haben Sie sehr klar Stellung gegen die Credit Suisse genommen. Haben Sie etwas gegen diese Bank?

Nein. Aber wir und andere Investoren können die Situation bei der Credit Suisse nicht nachvollziehen. Man schenkt dem Management Boni ein, nebst 3 Milliarden Franken für die Kaderangestellten der Investmentbank, obwohl die Bank letztes Jahr einen Verlust von 2,7 Milliarden Franken gemacht hat und 3 Milliarden Franken Rückstellungen wegen möglicher Rechtsstreitigkeiten machen musste. Darunter jüngste Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung. Diese Summe ist nicht gesunken. Im Gegenteil, sie ist letztes Jahr leicht gestiegen. Gleichzeitig will die Bank in diesem Jahr 5000 weitere Stellen abbauen, davon einige Hundert in der Schweiz.

Sie lehnen auch die Wiederwahl von Präsident Urs Rohner und Vizepräsident Richard Thornburgh ab. Bleibt es dabei?

Absolut. Urs Rohner ist seit April 2011 Präsident, er verkörpert das Etablissement. Doch seine Bilanz ist schlecht. Während seiner Zeit musste die Credit Suisse 10,9 Milliarden Franken Rückstellungen

Denkzettel für ABB

Die Aktionäre von ABB machten an der Generalversammlung vom Donnerstag ihrem Unmut Luft. Wie konnte es passieren, dass ein Manager in Korea einen Schaden von 100 Millionen Dollar anrichtet? Die Antworten von Konzernchef Ulrich Spiesshofer und Präsident Peter Voser überzeugten wenig. Die Aktionäre verpassten der Spitze einen Denkzettel. Nur 58,8 Prozent stimmten dem Vergütungsbericht zu, lediglich 57,3 Prozent erteilten dem Verwaltungsrat und der Konzernleitung die Entlastung. Das sei «eine ziemlich starke Ohrfeige», sagt der Zürcher Anwalt Hans-Jacob Heitz. Er hatte zusammen mit der Ethos-Stiftung für ein Nein zum Vergütungsbericht geworben. (af1)

tätigen, davon 7,4 Milliarden, um juristische Auseinandersetzungen zu beenden. Gleichzeitig hat sich der Aktienwert der Bank fast halbiert, und in der Schweiz wurden bis Ende letzten Jahres 20 Prozent der Stellen abgebaut. Urs Rohner und Richard Thornburgh gehörten zudem zwischen 2005 und 2007 der Generaldirektion der Credit Suisse an. In dieser Zeit verkaufte die Bank toxische Finanzpapiere, weswegen sie Anfang Jahr eine Busse in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar zahlen musste – plus wahrscheinliche Entschädigungen an geschädigte Investoren, die sich in den kommenden fünf Jahren auf bis zu 2,8 Milliarden Dollar belaufen können. Urs Rohner hat auch bis zum bitteren Ende die massive Expansionsstrategie der Investmentbank unter Ex-Chef Brady Dougan unterstützt. Bis er schliesslich angesichts massiver Verluste im Nordamerika-Geschäft eine 180-Grad-Wendung hinlegen musste, nach weniger als zwei Jahren unter Tidjane Thiam.

Seit ihrer Annahme 2013 zweifelten viele an der Minder-Initiative. Zu Recht?

Zu Unrecht, wie der Fall Credit Suisse gut zeigt. Ein Beweis: Eine Vergütung von 44 Millionen Franken, wie sie Daniel Vasella erhalten hat, würde heute nicht mehr akzeptiert. Aber klar, seit der Annahme der Initiative haben die Schweizer Unternehmen einen völlig legalen Weg gefunden, um sie zu untergraben. Im Fall der Credit Suisse wird das deutlich. Bis 2020 sollen Boni von 52 Millionen Franken gezahlt werden, in erster Linie in Form von Dividenden. Wenn der Aktienkurs in den kommenden Jahren sinkt, werden zwar auch die Boni des Managements sinken. Aber sie wird es noch immer geben.

Andere Beispiele?

Nestlé hat insgesamt über Vergütungen in Höhe von 70 Millionen Franken für 2018 abstimmen lassen. Novartis will der Geschäftsleitung im kommenden Jahr 99,9 Millionen Franken zukommen lassen. In diesen Budgets ist der Fixlohn enthalten, aber auch maximal auszahlende Boni für künftige Arbeit, ohne dass klare Ziele kommuniziert werden. Heute stellen zwei Drittel der 204 Unternehmen im SPI-Aktienindex solch ein vorausschauendes Budget auf. Das ist ein Blankocheck für den Verwaltungsrat und klar ein Weg, um die Minder-Initiative zu untergraben. Wir bevorzugen eine variable Vergütung, die sich auf Leistungen in der Vergangenheit bezieht.

Bei welchen Unternehmen werden Sie noch mit Nein stimmen?

Zunächst am 3. Mai bei Lafarge-Holcim, die Zahlungen an den IS in Syrien geleistet hat und gegen die deswegen in Frankreich Ermittlungen eröffnet wurden. Wir empfehlen, die Entlastung des Verwaltungsrats abzulehnen. Am Tag darauf werden wir gegen die Vergütung von UBS-Chef Sergio Ermotti stimmen. Er soll 13,7 Millionen Franken für das vergangene Jahr erhalten, obwohl der Gewinn um 40 Prozent eingebrochen ist.

Elisabeth Eckert